

Grünflächen versus **Bauen**

Wo bleibt die Bürger-Mitsprache?

4. **BI-MESSE** "Bürgerinitiativen im Gespräch"



Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode

20.07.2021 Drucksache 18/17440

Antrag

der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis, Patrick Friedl, Rosi Steinberger, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Dr. Markus Büchler, Paul Knoblach, Martin Stümpfig, Hans Urban, Christian Zwanziger und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

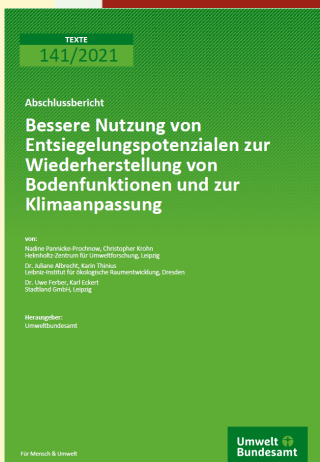
Kommunen hochwassersicherer und hitzeresilienter machen – blaue und grüne Infrastruktur fördern, Klimaanpassung unterstützen

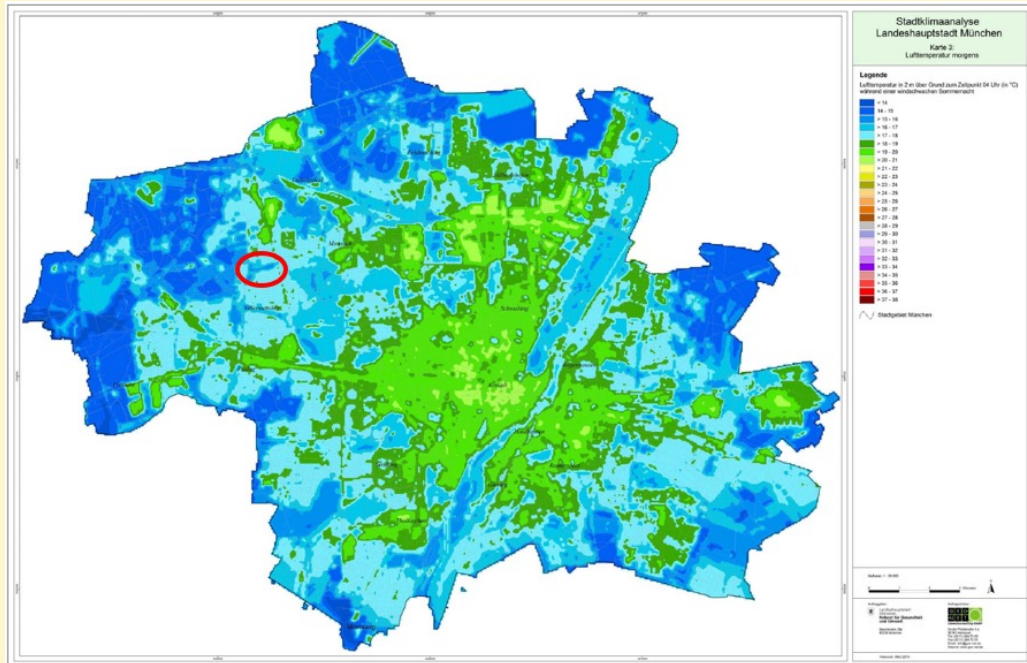
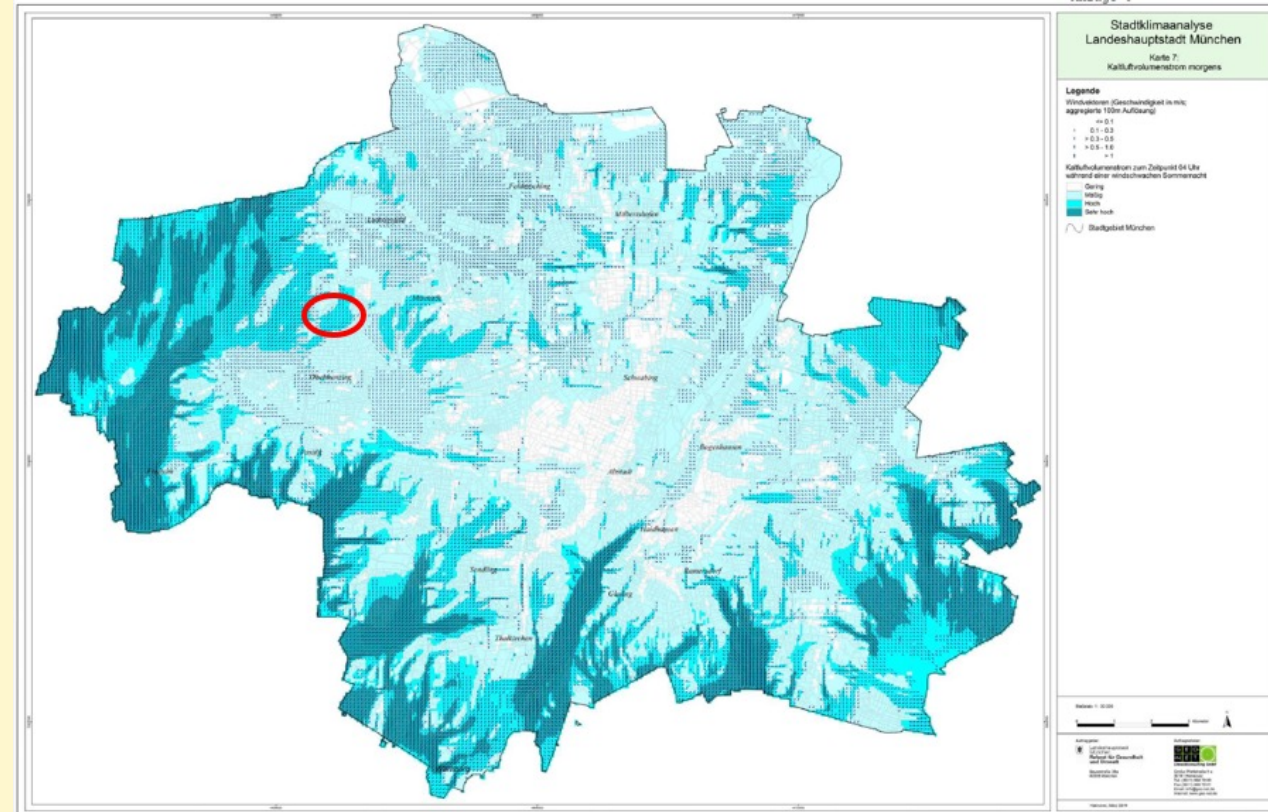
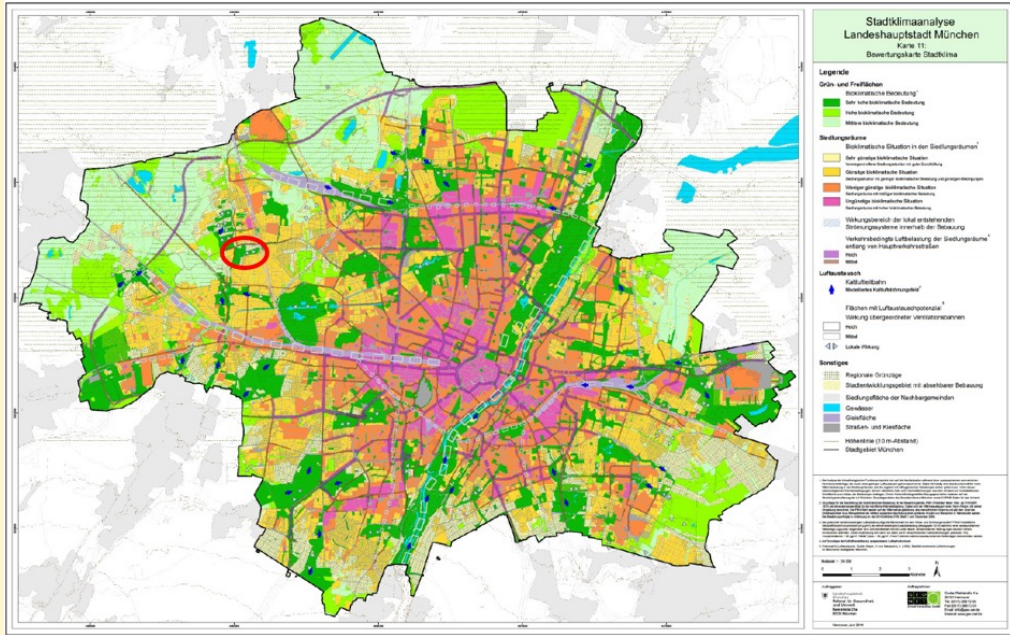
Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, neue Programme aufzulegen und bestehende Programme zu stärken, um die bayerischen Kommunen besser vor Hochwasser- und Sturzflutereignissen zu schützen und gleichzeitig gegen Hitzewellen und Trockenzeiten zu wappnen. Hierfür sollen die Programme mit attraktiven Fördergeldern in wirksamer Förderhöhe ausgestattet werden. Gleichzeitig soll die Beratung der Kommunen deutlich intensiviert werden. Diese Programme und die Beratung sollen gleichzeitig dem Schutz und der Stärkung der Biodiversität dienen.

Im Einzelnen sollen die Programme und Beratungen folgende Punkte umfassen:

- ökologischer Hochwasserschutz in der Fläche
- Sturzflutrisikomanagement (z. B. topographische Untersuchungen etc.)
- Wasser- und Grundwassermanagement
- Grundwassermodelle erstellen
- Etablierung einer umfassenden grünen und blauen Infrastruktur in den Kommunen, wie z. B.
 - Entsiegelungsmaßnahmen,
 - Schutz, Erweiterung und Anlage von Versickerungsflächen,
 - Schwammstadtprinzip umsetzen,
 - Sicherung und Etablierung von Grün- und unversiegelten Freiflächen, Wäldern, Pflanzungen (Bäume, Sträucher, Blühwiesen),
 - Erhalt und Erweiterung von Grünzügen und Biotopvernetzungen, Erhalt der Flächen für die bayerische Landwirtschaft und Ausbau der ökologischen Landwirtschaft
- Erhalt und Anlage von Frischluftschneisen
- Anreize zum flächensparenden Bauen und Bauen ohne Versiegelung (Aufstockung, Nutzung bereits versiegelter Flächen, Stelzenhäuser etc.)
- Hitzeaktionsplanung und hitzeresiliente Stadtentwicklung





Baumbilanz München gesamt

Jahr	Gefällt	Gepflanzt	Bilanz
2011	7.474	5.979	- 1.495
2012	7.908	6.293	- 1.615
2013	8.385	6.107	- 2.278
2014	7.289	5.525	- 1.764
2015	10.671	6.589	- 4.082
2016	9.267	6.790	- 2.477
2017	8.409	6.938	- 1.471
2018	7.797	6.227	- 1.570
2019	7.457	6.188	- 1.269
2020	7.904	6.485	- 1.419
2021	8.587	7.144	- 1.443
2022	7.786	6.438	- 1.348
Summe	98.934	76.703	- 22.231



Foto: Peter Kamp_pixelio.de

Grundwasserflurabstand 1989

Flurabstand des Grundwasserspiegels des oberen Grundwasserstockwerkes im Juli 1989.

Grundwasserflurabstand ?

- < 2 m
- 2 - 4 m
- 4 - 6 m
- 6 - 8 m
- 8 - 10 m
- 10 - 12 m
- 12 - 14 m
- 14 - 16 m
- 16 - 18 m
- 18 - 20 m
- 20 - 22 m
- > 22 m

Flurabstand nicht

Tertiärer Mergel

- übragt den oberer
- deckt das obere GW-Stockwerk

Grundwasserdrainage

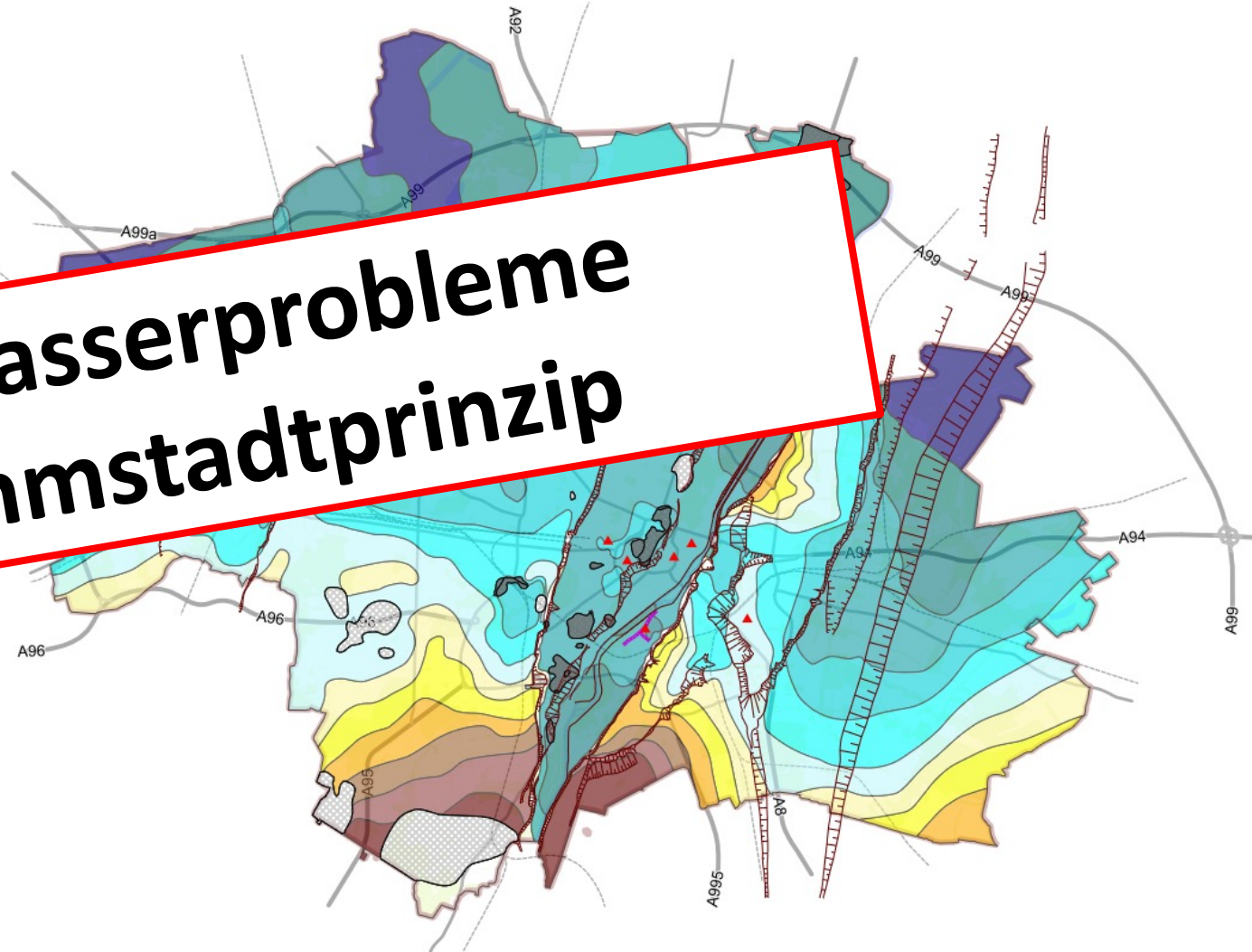


Morphologie



Grundwasserabsenkung

**Grundwasserprobleme
Schwammstadtprinzip**



Bad Kissingen
Baubedarf zu 586 Prozent gedeckt



**Wohnungsleerstand 2017:
Deutschland: 2 Millionen
Bayern: 90.000 – 230.000**

**Mangel an bezahlbaren Wohnungen dort,
wo es Arbeitsplätze gibt**

Ingolstadt
Baubedarf zu 107 Prozent gedeckt

Wunsiedel i. Fichtelgebirge
Kein Bedarf

München
Baubedarf zu 43 Prozent gedeckt

Verfassung Freistaat Bayern:

Art. 3

(1) ¹Bayern ist ein Rechts-, Kultur- und Sozialstaat. ²Er dient dem Gemeinwohl.

(2) ¹Der Staat schützt die natürlichen Lebensgrundlagen und die kulturelle Überlieferung. ²**Er fördert und sichert gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern, in Stadt und Land.**

Aufstockung (aus Deutschlandstudie 2019, TU Darmstadt)

in den Kernlagen von Deutschlands Städten, Gemeinden und Kommunen

- 1,1 Mio. bis 1,5 Mio. Wohneinheiten auf Wohngebäuden der 1950er- bis 1990er-Jahre (aktualisierter Stand der Deutschlandstudie 2016 [5]).
- 20.000 Wohneinheiten oder soziale Infrastruktur auf Parkhäusern der Innenstädte.
- 560.000 Wohneinheiten durch Aufstockung von Büro- und Verwaltungsgebäuden.
- 350.000 Wohneinheiten durch Umnutzung des Überhangs (Leerstand) von Büro- und Verwaltungsgebäuden.
- 400.000 Wohneinheiten auf den Flächen von eingeschossigem Einzelhandel, Discountern und Märkten, bei Erhalt der Verkaufsflächen.

In der Gesamtheit bieten die betrachteten Gebäudetypologien ein Potenzial von 2,3 Mio. bis 2,7 Mio. Wohnungen.

Wohnungsbau für bezahlbaren Wohnraum nur noch staatlich oder kommunal

**unter Berücksichtigung klimatischer, ökologischer
und gesundheitlicher Belange**